



Editorial

DKG-Hauptgeschäftsführer **Georg Baum**

Auf nach Berlin!

Die Sommerpause ist zu Ende. Das letzte Jahr der Legislaturperiode hat begonnen. Die Abgeordneten konzentrieren sich bereits voll auf die Kandidatenkür im Wahlkreis und auf die Listenaufstellungen. Sie sind besonders sensibilisiert für die Stimmung der Menschen im Lande. Die Schlagzeilen über die diversen Aufführungen des diesjährigen Sommertheaters dürften die meisten Politiker vergessen haben. Eines konnte aber keinem politisch Verantwortlichen entgehen: Die Finanzierungsnot der Krankenhäuser. In vielen Städten und Regionen haben die Kliniken und ihre Mitarbeiter auf die anhaltende Misere mit teilweise spektakulären Aktionen aufmerksam gemacht. Die Proteste erreichen ihren Höhepunkt mit einer Großkundgebung am 25. September in Berlin. Die zentralen Botschaften lauten: „Es geht so nicht weiter, die Krankenhäuser brauchen Hilfe. Die Koalition muss handeln! Weg mit dem Deckel!“

Anders als bei den niedergelassenen Ärzten, die über ihren finanziellen Mehrbedarf mit den Kassen verhandeln müssen, können die massiven Kostensteigerungen der Krankenhäuser nur durch die Beseitigung des Grundlohndeckels aufgefangen werden. Seit fünf Jahren liegt die gesetzlich zulässige Vergütungswachstumsrate für die Leistungen der Krankenhäuser deutlich unter 1 Prozent. Während die Inflationsrate inzwischen über 3 Prozent beträgt, durften die Fallpauschalen im laufenden Jahr nur um maximal 0,64 Prozent erhöht werden. Zur Erinnerung: Die Bahn hat seit Abschluss der Tarifverhandlungen zweimal die Preise erhöht. Was für die Bahn richtig ist, kann für die Krankenhäuser nicht falsch sein. Es muss endlich Schluss sein mit der ungerechten Kürzungspolitik zu Lasten der Beschäftigten und der Patienten! Dies wird die Kundgebung vor dem Brandenburger Tor der Bundeskanzlerin deutlich vor Augen führen. Zwei Spargesetze der großen Koalition (AVWG und GKV-WSG) haben den Krankenhäusern in den letzten drei Jahren mehr als 2 Mrd. € entzogen. Der Sanierungsbeitrag hat die Kassen saniert, aber die Krankenhäuser ruiniert. Deshalb die Forderung: Gebt die 2 Mrd. € zurück, damit sich die Krankenhäuser selbst besser helfen können!

Die Lücke zwischen Vergütungs- und Kostensteigerungen klapft gewaltig. In den nächsten Tagen wird das BMG die Begrenzungsrate für 2009 verkünden. Sie wird bei kaum mehr

als 1,5 Prozent liegen, weil sie sich auf die niedrigen Lohnzuwächse der Vergangenheit bezieht. Mit 1,5 Prozent können weder die ca. 5-prozentigen Tarifierhöhungen in 2009 noch die 5 Prozent Sachkostensteigerungen bezahlt werden. Ca. 6,7 Mrd. € ungedeckte Kosten ergeben sich alleine für 2008 und 2009. Ohne Finanzierungshilfe entstünde ein gewaltiger Druck, der zwangsläufig zum weiteren Stellenabbau, zur Rationierung medizinischer Leistungen und schließlich zum finanziellen Ruin vieler Krankenhäuser führen würde. Bei einem Personalkostenanteil von über 60 Prozent tangiert jede ungedeckte Milliarde 20 000 Arbeitsplätze. Die Krankenhäuser haben in den letzten zehn Jahren schon 100 000 Stellen abgebaut. Die Zitrone ist ausgequetscht, mehr Rationalisierung geht nicht. Rationierung, sei es in Form direkter medizinischer Leistungen – Billigmedizin – oder weniger Zeit und Zuwendung für die Patienten wäre ein Skandal.

Bei noch höheren Belastungen und Verweigerung der Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung werden sich noch mehr bislang gutwillige und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Berufen im Gesundheitswesen zurückziehen. Wenn also auf den Plakaten der Demonstranten „Schluss mit der politischen Geringschätzung für die soziale Schwerstarbeit“ gefordert wird, sollte dies sehr ernst genommen werden. Die Bundesregierung erkennt richtigerweise, dass immer mehr Menschen im Alter dement werden und besondere Hilfe und Zuwendung brauchen – auch als Patienten im Krankenhaus. Hieraus müssen die finanziell erforderlichen Konsequenzen gezogen werden!

Der Ende August vorgelegte Referentenentwurf für ein Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen gibt auf die drängende Frage der finanziellen Hilfen für die Krankenhäuser keine Antwort. Wo es darauf ankommt, stehen bislang nur Leerzeichen. Die Großdemonstration am 25. September wird hoffentlich dazu beitragen, dass sich dies schnell ändert.